

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 12.03.2007, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 01.03.2007

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2007**
- TOP 4 Stellungnahme zum Integrierten Gebietsentwicklungskonzept Hankhauser Moor
Vorlage: 2007/058**
- TOP 5 Klimaschutz - Aktionsplan für die Gemeinde Rastede; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2007/056**
- TOP 6 Energiemanagement in kommunalen Einrichtungen
Vorlage: 2007/055**
- TOP 7 Grünpflege in Rastede; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2007/057**
- TOP 8 Deckenprogramm 2007 und Folgejahre
Vorlage: 2007/052**

TOP 9 Neubau der Brücke über die Jade in Delfshausen
Vorlage: 2006/142

TOP 10 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2007/058

freigegeben am 28.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 24.02.2007

Stellungnahme zum Integrierten Gebietsentwicklungskonzept Hankhauser Moor

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

12.03.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Bei der Aufstellung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) war eine Darstellung für den Abbau von Torf im Hankhauser Moor vorgesehen. Die bei der Aufstellung vorgebrachten Bedenken bezüglich des vorgesehenen Torfabbaues und der Ansprüche aus dem Naturschutz konnten nicht gelöst werden.

Aus diesem Grunde hat das Land Niedersachsen festgelegt, dass als „Vorstufe“ zu einer möglichen Bodenabbaugenehmigung ein Integriertes Gebietsentwicklungskonzept (IGEK) zu erstellen ist.

Zu diesem Thema haben in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen der Verfasser des IG EK und der Vertreter von Moorkultur Ramsloh vortragen und ihre Sichtweise dargestellt.

Zu der jetzigen Sitzung wird der Baudezernent des Landkreises Ammerland, Herr Trinter, die Sichtweise des Landkreises vortragen.

Die Gemeinde Rastede ist durch den Landkreis aufgefordert worden eine Stellungnahme zum IG EK abzugeben. Ein Beschlussvorschlag wird in der Sitzung des Fachausschusses am 16.04.2007 vorgelegt werden.

Die Gemeinde ist in mehreren Bereichen betroffen. Insbesondere die mögliche Absenkung des Grundwasserspiegels beim Torfabbau birgt Gefahren für die Pfahlgründungen und die Straßen. Im bisherigen Verlauf des Verfahrens wurde durch weitergehende Untersuchungen belegt, dass der Abbau des Torfes im Grundwasser geschieht und nicht zu einer Absenkung des Wasserspiegels führt. Maßgebend für die Höhe des entspannten Wasserstandes ist die Pumpfähigkeit, die die Wasserspiegelhöhe über die Schanze reguliert. Die Schanze liegt im Pumpgebiet des Entwässerungsverbandes Jade. Die Wasserstand hat wird bei ca. -1,40 mNN einreguliert. Anhand einer zeichnerischen Darstellung in der Sitzung wird auf diesen Sachverhalt näher eingegangen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Befürchtungen hinsichtlich der Pfahlgründungen und der Straßen durch entsprechende Auflagen zur dann notwendigen Bodenabbaugenehmigung ausgeräumt werden können.

Der verbleibende Wasserspiegel nach dem Torfabbau kann jedoch im angrenzenden Bereich zur Schanze bis zu 1 m Höhe betragen. Hier gibt es Zweifel, ob sich durch diesen Umstand ein Moor wieder einstellen wird. In einem kürzlich geführten Gespräch mit den beteiligten Behörden und den Antragstellern wurde sich darauf verständigt, dass hierfür ein Versuchsbetrieb auf einer Teilfläche durchgeführt werden soll.

Weiterhin ist die Gemeinde im Hinblick auf die Nachnutzung gefragt. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Seenlandschaft nicht wünschenswert, sondern die Wiederherstellung der Moore. Es ist allerdings zu bedenken, dass auch bei einem Nichtabbau die Moore durch Bewirtschaftung in den nächsten Jahren/Jahrzehnten ohnehin erheblichen Schaden nehmen werden. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen hat in den letzten Jahrzehnten bereits zu einer Geländesackung von 50 cm und mehr geführt.

Die Problematik hinsichtlich der Nachnutzung der abgetorften Flächen wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen gesondert dargestellt.

Zur Sitzung werden in einem Kurzvertrag die Lage des Abbaubereiches sowie die Wasserproblematik und die anstehenden Bodenprofile erläutert.

Vor Erteilung einer Bodenabbaugenehmigung ist es erforderlich Einvernehmen über das I-GEK zu erzielen. Erst danach wird der Landkreis Ammerland das regionale Raumordnungsverfahren (RROP) ggfs. ändern. Im RROP ist nach den jetzigen Festsetzungen der Torfabbau nicht möglich, da der Landkreis für das Gebiet Hankhauser Moor die Zeitstufe 2 vorgesehen hat. Die Zeitstufe 2 bedeutet, dass zunächst die mit der Zeitstufe 1 vorgesehenen Flächen abgetorft werden und erst danach die mit der Zeitstufe 2. Die mit der Zeitstufe 1 vorgesehenen Flächen befinden sich nicht in der Gemeinde Rastede.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/056**

freigegeben am 22.02.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 22.02.2007**Klimaschutz - Aktionsplan für die Gemeinde Rastede; Antrag Bündnis 90/Die Grünen****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.03.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 07.02.2007 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, das die Verwaltung innerhalb von 6 Monaten eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen CO₂-Ausstoßes der gemeindeeigenen Einrichtungen, Gebäude, Fahrzeuge usw. vorlegt. Auf Basis dieser Bestandsaufnahme soll ein Klimaschutz-Aktionsplan erarbeitet werden. Der Aktionsplan soll konkrete Maßnahmen mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß im Verantwortungsbereich der Gemeinde bis zum Jahr 2020 signifikant zu senken, enthalten. Ergänzend wird beantragt, beginnend mit dem Jahr 2008 den „Umweltpreis der Gemeinde Rastede“ zu reaktivieren und mit einer angemessenen Preissumme auszustatten.

Ähnlich lautende Anträge wurden seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Kreistagsfraktion an den Kreistag gerichtet. In den genannten Fällen wurde vorgeschlagen, die kreisangehörige Stadt und die Gemeinden in die weiteren Überlegungen und Planungen einzubeziehen.

Bereits an dieser Stelle stellt sich somit aus Sicht der Verwaltung die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen ein separierter Aktionsplan der Gemeinde Rastede unter dem Gesichtspunkt der mittelfristigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sinnvoll ist. Um wirkungsvolle Instrumente zur nachhaltigen Verbesserung des Klimas zu erhalten, sollte deshalb verstärkt eine globale Zusammenarbeit angestrebt und auf kosten- und zeitintensive Einzelaktionspläne verzichtet werden.

Dieses bedeutet selbstverständlich nicht, dass keine Anstrengungen unternommen werden, um vorhandene Möglichkeiten zur Energieeinsparung an gemeindeeigenen Einrichtungen oder Fahrzeugen vorzunehmen und dadurch den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Insbesondere die energetische Untersuchung gemeindlicher Gebäude wurde bereits durch den Geschäftsbereich 3/Bauwesen begonnen. Ein hieraus resultierendes Energiekonzept wird mit gesonderter Vorlage vorgestellt. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung im Mai 2006 eine Verordnung zur Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge in Kombination mit der Einführung sogenannter Umweltzonen beschlossen hat. Ab Mitte 2007 wird es Städten und Kommunen ermöglicht, eigenverantwortlich über die Einrichtung solcher Zonen zu entscheiden. Hier dürfte es ebenfalls auf Kreisebene erheblichen Abstimmungsbedarf geben, um ökologische und ökonomische Interessen sinnvoll abzuwägen und zu vertreten. Auch hier sollte von separierten Aktionen abgesehen werden.

Wie bereits ausgeführt, würde ein auf die Gemeinde Rastede abgestimmter Aktionsplan erhebliche Personal- und Finanzkapazitäten binden, die mit der vorhandenen Personal- und Finanzdecke für den Bereich Umweltschutz nicht abzudecken sind. An den Beschluss eines separierten Aktionsplans für die Gemeinde müssten somit auch die Personal- und Finanzmittel gekoppelt werden.

Bezüglich der Reaktivierung des Umweltpreises bleibt auszuführen, dass der 1993 ins Leben gerufene und im gleichen Jahr erstmalig verliehene Umweltschutzpreis im Jahr 1999 durch den Beschluss zur Verleihung eines Agenda-Preises ersetzt wurde. Im Jahr 2002 wurde der Agenda-Preis letztmalig ausgelobt, aufgrund der geringen und nicht sachgerechten Beteiligung (seinerzeit gingen nur noch 2 Bewerbungen ein) wurde aber auf die Verleihung des Preises verzichtet.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Gemeinde Rastede die letzte Gemeinde im Landkreis Ammerland, die noch einen Umwelt- beziehungsweise Agenda-Preis ausgelobt hat. Wie beim früheren Umweltschutzpreis und Agenda-Preis erlebt, nimmt das Interesse in Frage kommender Gruppen an Preiswettbewerben sehr schnell ab. Bei näherer Betrachtung der als Anlage beigefügten Richtlinie zur Vergabe des Agenda-Preises wird zudem deutlich, dass sie einerseits zu umfangreich und andererseits für die in Frage kommenden Personengruppen unverständlich ist.

Eine einfache Reaktivierung des seit 2002 „eingeschlafenen“ und im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes 2003 bis auf Weiteres ausgesetzten Agenda-Preises erscheint aus Sicht der Verwaltung wenig sinnvoll. Eine Reaktivierung oder auch ein neu ins Leben gerufener Umweltpreis wäre mit erheblichen organisatorischen Vorarbeiten verbunden, um ein zeitgemäßes und umweltgerechtes Konzept für neue Vergaberichtlinien zu erstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind abhängig von der Beschlussfassung und können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht dargestellt werden.

Anlagen:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
2. Richtlinie der Gemeinde Rastede zur Verleihung eines Agenda-Preises

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/055

freigegeben am 26.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 22.02.2007

Energiemanagement in kommunalen Einrichtungen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.03.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Vorgehensweise zur Erarbeitung eines Energiemanagements wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Gemeinde Rastede hat mit Datum vom 24.01.2005 einen Antrag gestellt, die Energieeinsparpotenziale in kommunalen Einrichtungen festzustellen und Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten.

Dieser Antrag wurde zwischenzeitlich im Fachausschuss beraten.

Nunmehr ist seitens der Verwaltung ein erster größerer Arbeitsschritt erledigt worden, der im nachfolgenden dargestellt ist und die weiteren Handlungs- und Arbeitsschritte darstellt.

1. Zielsetzung

Für das kommunale Energiemanagement gibt es in den Kommunen unterschiedlichste Ansätze. Von der Zielsetzung der ausschließlichen Energieeinsparung bis zur ausschließlichen Geldersparnis gibt es eine große Bandbreite für ein solches Management.

In dem Lösungsansatz dieses Managements soll neben der Darstellung von Einsparpotenzialen auch ein nachhaltiger Ansatz für den weiteren Umgang mit Primärenergie versucht werden zu erarbeiten. Neben dem Einsatz von Primärenergie soll auch der Einsatz regenerativer Energien untersucht werden.

2. Bereits durchgeführte Maßnahmen

Der sinnvolle Umgang mit Energie ist bereits jetzt Handlungsprinzip in der Verwaltung. Dabei wurde allerdings eine klare Grenze gezogen bei Maßnahmen, deren Umsetzung erst in mehr als 10 Jahren wirtschaftlich darstellbar war.

Fenstersanierungen – Bei den aus baulichen Gründen durchgeführten Fenstersanierungen wurden Fenster eingebaut, die dem neuesten technischen Stand entsprechen. Die U-Werte betragen 1,1 bis 1,3. Zu Beginn der 80er-Jahre wurden hingegen Fenster eingebaut, die einen U-Wert von 3,0 bis 3,5 hatten.

Flachdachsaniierungen – Bei den durchgeführten Flachdachsaniierungen wurde bei den Warmdächern die Wärmedämmung teilweise auf bis zu 20 cm erhöht.

Sanierung von Heizzentralen – Bei dem Austausch von Heizzentralen wurde die jeweils sinnvollste Lösung versucht zu berücksichtigen. Die Erfahrung, nicht nur in der Gemeinde Rastede, der letzten Jahre hat aufgezeigt, dass ein effektvoller Energieeinsatz durch intelligente Regelungen möglich ist und in den meisten Fällen auch zum wirtschaftlichen Erfolg führt. Bereits in den 80er-Jahren wurde diese Technik in der Heizzentrale im Rathaus erstmalig eingesetzt. Diese rechnergestützten Systeme lassen neben einer Optimierung des Energieeinsatzes auch die Regelung und Störmeldung über einen zentralen Leitrechner zu. Mit diesen Einrichtungen sind bisher das Hallenbad, die KGS Wilhelmstraße, das Rathaus und die Sporthalle Hahn-Lehmden ausgestattet worden. Bei der Sanierung der Heizzentrale in der Feldbreite ist ebenfalls der Einbau dieser Technik vorgesehen.

Bei allen Neubauten oder Modernisierungen wird der wirtschaftliche Einsatz alternativer Technik geprüft. Bei der Sanierung der Heizzentrale der KGS Wilhelmstraße war der Einsatz eines BHKW nicht wirtschaftlich, trotzdem konnte der Wärmeverbrauch um ca. 25% durch die intelligente Regelung reduziert werden.

Bei der Sanierung der Heizzentrale Feldbreite stellte sich die Einsatzmöglichkeit positiver dar. Hier ist der Einbau eines BHKW zweckmäßig. Darüber hinaus wird zurzeit der Einsatz von NAWAROs als Primärenergie für das BHKW geprüft.

Sanierung von Lüftungsanlagen – Bei den Sanierungen wurden Wärmetauscher optimiert oder zum Teil erstmalig eingebaut. Auch hierdurch lassen sich Energiekosten senken.

Einsparung von Wasser – Neben dem Einsatz bei Neu- oder Umbauten von wassersparenden Spülkästen bei WC-Anlagen, wurden im letzten Jahr erstmalig wasserlose WCs im Freibad und bei der Sanierung der WC-Anlagen im Erdgeschoss der KGS eingesetzt. Die damit verbundenen Einsparungen können allerdings wegen der geringen Laufzeit in 2006 noch nicht abschließend beurteilt werden.

Neben der technischen Betrachtung der Haustechnik und der Gebäudesubstanz wurde auch der Versuch gestartet, durch nutzerbedingtes Verhalten Energie zu sparen. Dieser Versuch hat im Rathaus zu keinem Erfolg geführt. Bei der KGS steht die abschließende Beurteilung noch aus. Bei diesem Fifty-fifty-Programm wird bis zu 20% Energiekostensenkung zu gleichen Teilen den Nutzern und der Gemeinde gutgeschrieben. Die Mittel können für zusätzliche Investitionen von den Nutzern eingesetzt werden.

Alle Maßnahmen zur Einsparung von Energie wurden allerdings nur in Verbindung mit anstehenden Sanierungen oder Investitionen durchgeführt und geprüft. Objekte, an denen keine Baumaßnahmen durchgeführt wurden, wurden einer Überprüfung auf Energieeinsparung nicht unterzogen. Dieses soll mit dem Energiemanagement verändert werden.

3. Methodik des Energiemanagements

Seit mehreren Jahren werden die Verbrauchsdaten aller Liegenschaften der Gemeinde monatlich erfasst. Während in den Anfangsjahren die Auswertung und Erfassung nur manuell möglich war, werden diese Daten nun in einer Tabellenkalkulation erfasst und ausgewertet. Diese Datenerfassung lässt allerdings keine Bereinigung der Daten unter Berücksichtigung der Wetterverhältnisse mit einem vertretbaren Aufwand zu.

Zur besseren und genaueren Auswertung wurde eine entsprechende Software (Ekomm) beschafft, die allerdings einen erheblichen Aufwand in der Erfassung der Grunddaten zur Folge hat. Bisher konnten Zeitanteile hierfür nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Erst mit Besetzung der Hochbauingenieursstelle wurde hier eine Korrektur vorgenommen.

Für die Liegenschaften der öffentlichen Hand werden in unregelmäßigen Abständen Kennzahlen erfasst, die für eine erste Bewertung der Verbrauchsmedien geeignet sind. Bei diesen Kennzahlen wird zwischen dem Zielwert und dem Vergleichswert unterschieden. Der Zielwert geht von energetisch optimierten Werten aus. Diese wurden für die Liegenschaften der Gemeinde Rastede herangezogen, obwohl die bestehenden Gebäude vielfach nicht optimiert sind. Mit Verwendung des Zielwertes für die Überprüfung der Gebäude wird aber ein hohes Ziel verfolgt. Ob und mit welchem Aufwand dieses Ziel erreicht werden kann, wird bei den noch ausstehenden Untersuchungen dargestellt werden.

Zur Erreichung einer möglichst hohen Energieeinsparung wurden in einem ersten Arbeitsschritt die Gebäude betrachtet, die bei den Verbräuchen für Gas, Strom oder Wasser eine Abweichung von mehr als 100% vom Zielwert aufzeigten. Bei diesem ersten Schritt wird davon ausgegangen, dass die schnellsten und effektivsten Verbesserungen mit möglicherweise vergleichbar geringerem Aufwand zu erzielen sind.

Für die weitere Betrachtung ist folgende Arbeitsweise vorgesehen:

- Analyse der Verbräuche mit einer Abweichung vom Zielwert > 100%
- Erfassung aller Verbraucher, z. B. Beleuchtung, PCs, Heizungspumpen etc. und Eingabe dieser Daten in das Programm Ekomm zur exakten Analyse der Verbräuche unter Berücksichtigung der Witterungsdaten.
- Erarbeitung eines Maßnahmenprogramms mit dem Ziel der Erreichung des Zielwertes.

4. Weitere Bearbeitung des Energiemanagements

Nach der vorstehend genannten Analyse sollen als nächstes sämtliche Daten der zu untersuchenden Liegenschaften in Ekomm einzugeben und witterungsbereinigt darzustellen. Danach erfolgt die Auswahl der weiteren Liegenschaften nach dem Kriterium Abweichung > 50% vom Zielwert, danach das Kriterium Abweichung vom Zielwert.

Für einige auszuwählende Gebäude wäre unter Umständen eine vollständige Wärmebedarfsberechnung zu erstellen, die auch für Sanierung, An- oder Umbauten die Schwachstellen der Gebäude aufzeigt und entsprechendes Handeln möglich macht.

In jedem Jahr soll ein Energiebericht aller Liegenschaften erstellt werden, der sich an der Wärmebedarfsberechnung orientiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich, da die meisten anfallenden Arbeiten mit eigenem Personal durchgeführt werden können.

Anlagen:

1. Tabelle „Überschreitungen des Zielwertes > 100%“
2. Tabelle mit den Darstellungen der Erstanalyse und der nächsten Arbeitsschritte

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/057**

freigegeben am 23.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Rabijs, Jörn

Datum: 23.02.2007**Grünpflege in Rastede; Antrag Bündnis 90/Die Grünen****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.03.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2006 wurde die Verwaltung gebeten zu folgenden Punkten einen Bericht abzugeben:

- Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Grüns
- Einschätzung zum Zustand des öffentlichen Grüns auf Sportplätzen. Kinderspielplätzen etc.
- Eine Erläuterung, ob die veranschlagten Mittel 2006 auskömmlich waren in Bezug auf die Qualität der Pflege.
- Vorstellung der in Planung befindlichen Maßnahmen 2007

Diese Themen werden in der Anlage 2 dargestellt.

Grundsätzlich kann hier festgestellt werden, dass unabhängig von diesem Bericht im Haushaltsplan 2007 bereits höhere Mittel veranschlagt sind, damit die Pflege entsprechend der Anlage intensiviert werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Mittel stehen im Haushalt 2007 zur Verfügung

Anlagen:

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen |
| Anlage 2 | Darstellung der Pflege bei öffentlichen Grünanlagen |

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/052

freigegeben am 20.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Rabius, Jörn

Datum: 20.02.2007

Deckenprogramm 2007 und Folgejahre

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.03.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die nachstehend aufgeführten Straßen sollen in 2007 saniert werden:

Alter Lehmder Weg	15.000 €
Am Sternbusch	33.500 €
Brombeerweg	27.000 €
Denkmalsweg	3.500 €
Dörpstraat alt	14.000 €
Feldbreite Einm. Oldenburger Straße	16.000 €
Kreyenstraße	79.000 €
Lindenstraße	8.500 €
Marienstraße	8.500 €
Sandbergstraße	6.500 €
Sophienstraße	30.000 €

Die weitere Sanierung soll in den Folgejahren fortgesetzt werden. Zu den Haushaltsplanberatungen wird jeweils eine Vorschlagsliste vorgelegt werden.

Sach- und Rechtslage:

In den letzten Jahren wurden im Gemeindegebiet verschiedene Straßen saniert. Das geschah meistens mit dem Verfahren der Oberflächenbehandlung. Sie war in Anbetracht der Zielsetzung ein geeignetes Verfahren. Die Zielsetzung war eine große Anzahl von Oberflächen zu schließen, um eine weitere Zersetzung der Fahrbahnoberflächen zu vermeiden.

Für die Jahre 2007 ff. wurde eine fast vollständige Bestandsaufnahme der Schwarzdecken visuell durchgeführt und hierfür verschiedene Sanierungsvorschläge erarbeitet. Die zur Anwendung vorgesehenen Verfahren sind nachstehend kurz erläutert.

Eine genauere Überprüfung von Pflasterdecken ist bisher nicht durchgeführt worden, da die Schwarzdecken aus den eigenen Beobachtungen den größten Handlungsbedarf darstellen.

Zu erwähnen bleibt noch, dass in diesem Jahr von den zu ersetzenden Straßen in der Gemeinde der Ausbau des Teilstücks Oldenburger Straße zwischen ev. Kirche und Torhäusern, der Ausbau des Meenheitswegs und die Planung für den Ausbau Voßbarg vorgesehen sind.

Patchmatiksystem

Bei diesem System werden punktuelle Aufbrüche geschlossen. Es wird die Schadstelle zunächst gesäubert, danach wird eine Bitumenemulsion eingebracht und Splitt aufgetragen. Der Splitt muss mindestens 14 Tage auf der ausgebesserten Stelle liegen bleiben. Die Verdichtung erfolgt durch den Straßenverkehr. Dieses Verfahren dient auch der Vorbereitung von Straßen zum Aufbringen von beispielsweise einer Oberflächenbehandlung oder einer Deckschicht.

Oberflächenbehandlung

Hier wird eine Bitumenemulsion aufgebracht, die anschließend mit einem Splitt abgestreut wird. Diese Behandlung wird eingesetzt, um die Witterungsbeständigkeit zu verbessern, die bauliche Substanz vor eindringendem Wasser zu schützen und um die Griffigkeit zu verbessern. Der Splitt muss auch hier, je nach Witterung, mindestens 14 Tage auf der Fläche verbleiben. Die Verdichtung erfolgt auch hier durch den Straßenverkehr.

Dünne Schichten im Kalteinbau (DSK)

Dünne Schichten im Kalteinbau werden aus feinkörnigen, gebrochenen Mineralstoffen und speziellen Bitumenemulsionen mit kombinierten Misch- und Verlegemaschinen aufgebracht. Diese Behandlung wird eingesetzt, um die Bausubstanz zu schützen und die Gleichmäßigkeit der Fahrbahnoberfläche wiederherzustellen, die Griffigkeit zu verbessern, ohne jedoch die Höhenverhältnisse wesentlich zu verändern. Dieses Verfahren kann als Ersatz für eine Asphaltdeckschicht eingesetzt werden, wenn das Längs- oder Querprofil noch in wesentlichen Teilen ordnungsgemäß besteht.

Fahrbahndecke (Asphaltdeckschicht)

Hier wird die vorhandene Decke zum Teil ganzflächig herausgefräst, damit die Anschlusshöhen bestehen unverändert bleiben (z. B. an Rinnen oder an unveränderlichen Zufahrten). Danach wird eine Asphaltdeckschicht im Heißeinbau mithilfe eines Straßenfertigers eingebaut und die darunter befindliche bituminöse Tragschicht mit einer Bitumenemulsion angespritzt. Je nach Verkehrsbelastung muss das Mischgut gröbere oder feinere Zuschlagstoffe (Splitt) enthalten. Der Größtkornanteil bestimmt die Dicke der einzubauenden Schicht und die Ebenflächigkeit. Als Faustformel gilt, dass das 2,5 bis 3-fache des Größtkorns die Dicke der Decke darstellt, z. B. bei einer Deckschicht 0/8 mm würde die Dicke etwa 2,5 cm (70 kg/m²) betragen. Das Mischgut wird heiß eingebaut und die Verdichtung erfolgt durch Walzen.

Schottereinbau und danach Heißeinbau

Diese Methode wird hauptsächlich in den Außenbereichen angewandt. Hier werden große Versackungen mit Mineralgemisch vorprofiliert und dann Asphalt im Heißeinbau als Tragschicht aufgebracht. Anschließend muss eine Oberflächenbehandlung oder eine Deckschicht eingebaut werden. Hierbei wird in der Regel auch eine Bearbeitung der Bermen erforderlich. Diese Methode wurde im letzten Jahr beim Alter Lehmdermoorweg angewendet.

Dieses Verfahren ist auch für den Alter Lehmder Weg vorgesehen. Die Maßnahme soll in Abschnitten durchgeführt werden und wird in Teilen durch den Bauhof ausgeführt. Die auf das Deckenprogramm entfallenden Kosten betragen 15.000 €

In der beiliegenden Tabelle sind die unterschiedlichen Verfahrensvorschläge dargestellt.

Die Straßen aus der Anlage zur Vorlage 2006/106 wurden überarbeitet. Die geplanten Sanierungen wurden eingeteilt in kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung, für einige Straßen werden noch Sondervorschläge erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen in Höhe von 250.000,- € im Haushalt 2007 zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1 - Verzeichnis der kurzfristig zu sanierenden Straßen

Anlage 2 - Verzeichnis der mittelfristig zu sanierenden Straßen

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2006/142**

freigegeben am 12.08.2006

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Rabius, Jörn

Datum: 12.08.2006**Neubau der Brücke über die Jade in Delfshausen****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.03.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Neubau der Brücke mit einem geschätzten Kostenaufwand von ca. 65.300 € wird beschlossen. Die Maßnahme ist für den Haushalt 2008 zu berücksichtigen.

Sach- und Rechtslage:

Im Oktober 2005 wurde bei der Brücke über die Jade (Hohe Jade Brücke) in Delfshausen im Verlauf der Straße Zur Jade eine Brückenhauptprüfung nach DIN 1076 durchgeführt. Die Prüfung wurde notwendig, da die Flügelwände Verschiebungen und Risse aufwiesen.

Die Überprüfung ergab, dass diese Mängel/Schäden die Standsicherheit des Bauwerks erheblich beeinträchtigen. Eine Schadenbeseitigung ist – möglichst kurzfristig – erforderlich. Nutzungseinschränkungen/Warnhinweise sind darauf getroffen worden.

In 2006 stellte sich heraus, dass durch wechselnde Wasserstände in der Jade die Gründungsbalken aus Holz stark beschädigt und dadurch nicht mehr ausreichend tragfähig sind. Die Brücke ist zur Zeit nur für Lasten bis 3 to Gesamtgewicht belastbar.

Die anliegende Fotodokumentation verdeutlicht die vorhandenen Schäden.

Durch die Schäden an der Gründung besteht keine Möglichkeit einer teilweisen Sanierung. Die Brücke muss von Grund auf erneuert werden. Das beinhaltet folgende Arbeiten:

Die Widerlager- und Flügelwände werden abgebrochen und durch eine Stahlbetonkonstruktion ersetzt. Eine Jochkonstruktion ist nicht notwendig. Die alten Stahllängs- und Querträger werden durch neue Profile ersetzt. Die Tragfähigkeit der Unterbauten kann dann den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Hierbei ist die Lastbeschränkung der angrenzenden Straßen berücksichtigt worden.

Durch das Ing.-Büro Griese wurden verschiedene Möglichkeiten untersucht, die hier im Einzelnen vorgestellt werden.

Neubau

Kompletter Neubau der Brücke, einschl. Ersatz der Widerlager und der Flügelwände, um der Gefahr des Versagens der Gründung dieser Bauteile, infolge von beobachteten niedrigen Wasserständen, zu begegnen. Die Brücke wird an die heutigen Tragfähigkeitsanforderungen angepasst. Die Brücke wird vom Erscheinungsbild im Wesentlichen der heutigen Brücke gleichen. Die Höhe der Brücke kann auf das Niveau der Brücke im Zuge der Kleibroker Straße abgesenkt werden. Die Kostenschätzung ergab 65.300 € einschl. 19 % MWSt. Eine ggfls. vorzunehmende Verblendung würde zu Mehraufwendungen von ca. 5.500,- € führen.

Einbau verschiedener Wellstahlrohrprofile

Der Einbau von Wellstahlprofilen stellt keine Alternative dar, da wegen des erforderlichen Gewässerquerschnitts die Oberkante der Brücke deutlich höher werden würde. Im Übrigen ist der Einbau solcher großen Profile deutlich teurer als die obige Alternative.

Fertigteilbrücke

Für die Kostenermittlung wurde der Neubau der Straßenbrücke im Zuge des Logemanns Damm in Rastede aus dem Jahr 2004 herangezogen. Die lichte Weite von rund 9,0 m zwischen den Widerlagern entspricht etwa der der Brücke zur Jade. Die Kosten lagen 2004 bei 109.800 € und liegen somit über der angestrebten Lösung.



Die Nutzung der Brücke

Eine Befragung der Anlieger und Grundstückseigentümer hat ergeben, dass die meisten Befragten diese Brücke nicht sehr häufig benutzen. Eine Nutzungsfrequenz durch Radfahrer wurde nicht recherchiert.

Eine abschließende Prüfung hinsichtlich der zwingenden Notwendigkeit wurde seitens der Verwaltung nicht durchgeführt.

Eine Anfrage beim Landesamt für Denkmalpflege hat keine Denkmalswürdigkeit des Bauwerkes ergeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Maßnahme wird in 2008 durchgeführt. Im Haushalt 2008 sind entsprechende Mittel bereit zu stellen.

Anlagen:

1. Fotodokumentation